



Landesverband
Berlin e.V.



BERLINER
MIETERVEREIN



Berlin-Brandenburg



Sozialverband
Deutschland



SOZIALVERBAND
VdK
BERLIN-BRANDENBURG



Berliner Sozialgipfel
c/o DGB Berlin-Brandenburg
Kapweg 4
13405 Berlin
Tel.: +49 30 212 40-120
stefan.meissner@dgb.de

Pressegespräch am 14.11.2019 zum 10. Berliner Sozialgipfel

Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mieterverein e.V.:

„Wir wissen sehr wohl zu würdigen, dass die Berliner Landesregierung mit dem Mietendeckel einen wichtigen und auch mutigen Schritt zur Verbesserung der Lage der Mieter*innen gehen will. Doch für die gnadenlose Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, in der Menschen mit besonderen Problemlagen in der Regel „den Kürzeren ziehen“, reicht die Mietenkappung noch nicht aus. Das Angebot an preisgünstigen Wohnraum, in dem auch Menschen mit besonderen Problemlagen Platz finden, muss auch mit anderen Mitteln unterstützt werden. Wir raten dem Senat daher dringend, sich parallel zum Mietendeckel verstärkt um die Durchsetzung des Ziels der Berliner Verfassung „Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum“ zu kümmern.“

Christian Hoßbach, Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg:

„Immer mehr Berlinerinnen und Berliner stehen im Alter durch steigende Mieten vor existenziellen Problemen. Sie brauchen beides: eine soziale Wohnungspolitik und eine gerechte Rentenpolitik. Um angemessenen Wohnraum bezahlen zu können, sind existenzsichernde Renten erforderlich. Dazu muss das Rentenniveau über das Jahr 2025 hinaus stabilisiert und schrittweise angehoben werden. Für gute Erwerbseinkommen, die zu vernünftigen Renten führen, kann auch die Landespolitik mehr tun: Öffentliche Aufträge nur noch zu Tarifvertragsbedingungen geben, das Ausbildungssystem stärken und Schwarzarbeit bekämpfen.“

Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des SoVD Landesverband Berlin-Brandenburg:

„In Berlin leben 631000 Menschen mit Behinderungen; das sind 18 Prozent der Bevölkerung. Wir setzen uns dafür ein, das wachsende Defizit an ausreichendem bezahlbarem Wohnraum, der den Bedarfen unterschiedlichster Behinderungen Rechnung trägt, zu beheben. Dringendste Erfordernisse sind: umfassende und regelmäßige Erhebungen des Fehlbestandes an barrierefreiem und rollstuhlgerechten Wohnraum, verbindliche Einführung von Sachverständigen für Barrierefreiheit bei Bauplanung und Bauausführung sowie deren zwingende Beteiligung an bauaufsichtlichen Verfahren; die längst überfällige Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Verpflichtung zum Rückbau barrierefreier Wohnungen (§554a BGB); Beseitigung der gravierenden Mängel bei Barrierefreiheit für Mobilität, Infrastruktur, Sport und Freizeit.“

Dr. Uwe Klett, Vorstandsvorsitzender der Volkssolidarität Berlin

„Der Senat hat sich per Koalitionsvereinbarung dazu verpflichtet, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Geflüchteten den individuellen Zugang zum Wohnungsmarkt zügig zu ermöglichen. Die immer noch Tausenden in den Gemeinschaftsunterkünften warten auf die Einlösung dieses Versprechens.“

Frank Wolf, Landesbezirksleiter ver.di Berlin-Brandenburg:

„Alle Menschen in Berlin müssen sich wieder von ihrem Einkommen eine bezahlbare Wohnung leisten können. Ver.di fordert vom Berliner Senat, dass dafür auch ausreichend Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, insbesondere durch schnelleren Neubau, und dass geförderte Wohnungen (Sozialwohnungen) dauerhaft gesichert werden.“

Henrike Weber, Sozialpolitische Referentin des VdK Berlin-Brandenburg

„Wir fordern mit unseren Bündnispartnern eine umfassende Barrierefreiheit des Berliner Wohnraumes. Dazu engagieren wir uns insbesondere neben dem Abbau bauordnungsrechtlicher Ausnahmegenehmigungen, der Schaffung innerstädtischen behindertengerechten Wohnraumes für einen barrierefreien Kiez, um den Zugang zur medizinischen, kulturellen und sozialen Teilhabe im Sozialraum für Alle zu sichern. Eine öffentliche Datenbank für die Vergabe barrierefreien Wohnraumes muss eingerichtet werden.“